

Eine neue Dynamik der Demokratisierung in Gang setzen

Andreas Novy

Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Die Geschichte ist daher immer als eine Dynamik von Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozessen zu verstehen. Politik fördert, vertieft und erweitert oder untergräbt, zerstört und höhlt Demokratie aus. Selbst der gegenwärtige politische Status Quo einer parlamentarischen Demokratie, der in Österreich heute als selbstverständlich angesehen wird, ist nur 57 Jahre alt. Diese historisch einzigartige Zeitspanne stabiler demokratischer Zustände verdankt sich nicht zuletzt dem Umstand, auf eine besonders brutale Diktatur zu folgen. Die Nachkriegsjahrzehnte waren eine Phase der, wie es heißt, »Konsolidierung der Demokratie«: Demokratische Verfahren und Routinen wurden über die Zeit verfestigt. Es war also auch dies mehr ein Prozess als ein Zustand. Und auf die Konsolidierung folgte eine echte Demokratisierungsoffensive. Von den USA ausgehend forderten seit den 1960er Jahren Bürgerrechtsbewegungen weltweit eine Ausweitung bürgerlicher und demokratischer Rechte. In den berühmten Sit-ins forderten Schwarze, als KundInnen gleichberechtigt behandelt zu werden. Die weißen Lokalbesitzer weigerten sich in den Südstaaten in der Regel, Schwarze zu bedienen. Das persönliche Recht, gleichberechtigt konsumieren zu können, prallte somit auf das Recht auf Eigentum. Die Besitzer wollten das Recht in Anspruch nehmen, Schwarze nicht als Gleiche anzusehen. Doch die Bürgerrechtsbewegung provozierte den Konflikt und zwang den Eigentümern das demokratische Recht auf Freiheit und Gleichheit auf (Bowles, Gintis 1986). Auch die von Ordinarien dominierten Unis und die auf hierarchischer Ordnung basierenden Schulen wurden von dieser Dynamik erfasst, auch dort wurden Strukturen, wurde Macht in Frage gestellt. Nicht anders erging es dem Patriarchat, das von der Frauenbewegung herausgefordert wurde, dem Militär, das durch die Friedensbewegung delegitimiert wurde, und der Kirchenhierarchie, die sich der Kritik von Basisgemeinden ausgesetzt sah. Kurz, die demokratische Dynamik erfasste in den 1960er und 1970er Jahren alle Lebensbereiche. Die Ära Kreisky mit ihrer Reform des bürgerlichen Rechts und damit der Gleichstellung der Frauen, mit der Stärkung innerbetrieblicher Demokratie und der Universitätsreform muss als politische Umsetzung dieser von sozialen Kräften produzierten Bewegung verstanden werden.

Im Rückblick erscheint eines ganz wichtig: Diese demokratische Bewegung ist nicht gescheitert. Sie wurde vielmehr von den Mächtigen beinhart bekämpft und schließlich besiegt. In leichter Abwandlung eines Zitats von Adorno kann gesagt werden: Eine historische Initiative (Adorno spricht von Philosophie), »die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward« (Adorno 1997: 15). Warum scheiterte diese demokratische Initiative und woran scheiterte sie? Ich meine, sie scheiterte, weil sie einerseits die

Machtfrage stellte und andererseits diese Macht nicht in ihrer ganzen Mächtigkeit verstand.

Der antidemokratische Gegenangriff bekam den Namen »Neoliberalismus« (Fischer 2002). Als Experimentierfeld diente die Peripherie der Weltwirtschaft. Am 11. September 1973 stürzte die chilenische Unternehmerschaft, unterstützt vom CIA, die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende. Es war der Unternehmerschaft und dem CIA durch ihre Destabilisierungspolitik gelungen, die jahrzehntlang verfassungstreuen Militärs für diesen Putsch zu gewinnen. Mit Waffengewalt und ideologisch unterstützt von den »Chigaco Boys« führte Pinochets Diktatur den freien Markt ein. Diese Verbindung von Gewalt und Markt bildete somit von Anfang an das Merkmal derjenigen Herrschaftsform, die Neoliberalismus genannt wurde, treffender aber als autoritärer Liberalismus zu bezeichnen wäre (Novy 2002: 117ff). Nach 1976 wurden in Argentinien von einer wirtschaftsliberalen Diktatur über 30.000 vorwiegend junge Menschen getötet. Indem eine ganze Generation an StudentenführerInnen und AktivistInnen ausgelöscht wurde, entledigte sich das Establishment für Jahrzehnte einer wirksamen Opposition. Bis heute leidet Argentinien darunter, dass es keine oppositionellen FührerInnen und Organisationsstrukturen gibt.

Im Zentrum wurde die politische und ökonomische Macht anders eingesetzt: Zwar führten auch Reagan und Thatcher Krieg – der eine direkt in Granada und indirekt durch die illegale Unterstützung von Todesschwadronen in Mittelamerika, die andere im Malvinen- bzw. Falklandkrieg. Auch mit der Opposition im eigenen Land wurde keinesfalls zimperlich umgegangen – mit der Niederschlagung sowohl des Fluglotsenstreiks als auch des Bergarbeiterstreiks wurde ein Exempel statuiert. Mit der rechtlichen und faktischen Einschränkung des Streikrechts wurde sichergestellt, dass das Kapital fortan den bestimmenden Pol in den Arbeitsbeziehungen darstellt. Doch all dies wäre nicht durchsetzbar gewesen, wenn nicht auch die viel weniger offensichtliche Gewalt des Geldes eingesetzt worden wäre (vgl. Pereira 1998). Im Jahr 1973 brach das Bretton-Woods-System zusammen, als sich die USA weigerte, weiterhin die Last eines überbewerteten Dollars als Weltleitwährung zu tragen. Damit wurde das Finanzkapital von den Fesseln fixer Wechselkurse befreit und die Möglichkeit eröffnet, die Konkurrenz zwischen Währungsräumen zu organisieren (Swyngedouw 1992). Hinzu kam 1979 die drastische Anhebung der Zinsen durch die US-Notenbank. Dies hatte einen Effekt, der sich als nachhaltiger und weitreichender herausstellen sollte, als der mit Waffengewalt durchgesetzte Regimewechsel in einem Land der lateinamerikanischen Peripherie. Eine Anhebung des Zinsniveaus hat nämlich nicht nur die allerorten hervorgestrichene Wirkung, die Inflation zu dämpfen, sondern bewirkt auch dramatische Verteilungseffekte. Hohe Zinsen fördern die GläubigerInnen und benachteiligen die SchuldnerInnen. So ist es seit den Zeiten der Fugger und Medici bekannt, dass die Vermögensbesitzenden vorrangig einen Schuldner finanzieren: nämlich den Staat. Somit führen hohe Zinssätze zu einer Umverteilung des Reichtums vom Staat zu den Vermögensbesitzenden. Die Besitzenden gewinnen Macht über den Staat. Der zweite Effekt hoher Zinsen ist die Drosselung der Konjunktur und damit die Anhebung der Arbeitslosigkeit, was wiederum die Gewerkschaften gegenüber den Unternehmen schwächt.

Die nationalen Entscheidungen des US-amerikanischen Establishments und ei-

ner konservativen Regierung hatten auf diese Weise massive Auswirkungen auf den Rest der Welt. So stürzte diese US-Geldpolitik die Peripherie in eine zwanzig Jahre dauernde Verschuldungskrise. Im Zentrum führte sie Anfang der 1980er Jahre allerorten zu Budgetdefiziten aufgrund des stark steigenden Schuldendienstes. Damit war der Weg freigemacht, um eine antidemokratische Dynamik in Gang zu setzen. In England verkündete Margaret Thatcher: »There is no alternative«, zur liberalen Marktgesellschaft gebe es keine Alternativen. Im deutschen Wortschatz fand dieser Defaitismus mit dem Wort »Sachzwang« Eingang, einem Unwort, das fast unübersetzbar ist (was ist auch unter dem Zwang der Dinge zu verstehen?). Der Kern dieser antidemokratischen Offensive bestand in der Einschränkung des gesellschaftlichen Bereichs, für den die Politik und damit demokratische Verfahren zuständig seien. Die Ökonomie wurde dem Zugriff von Staatsapparat, Parteien und Wahlvolk entzogen, indem Wirtschaftsplanung als schädlich postuliert wurde. Andererseits wurden alle Wege freigemacht, damit die ökonomisch Mächtigen ihre Gesellschaft gestalten können (Fischer 2002). Zuerst der Zwang zu Sparen und dann der Zwang, das Kapital zufrieden zu stellen, steckten fortan ab, welche Handlungsspielräume der Politik verblieben.

Diese antidemokratische, aber vor allem antisoziale Seite des Wirtschaftsliberalismus sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt. In den 1990er Jahren kamen deshalb als Antwort auf die konservativen Regierungen allerorten Regierungen an die Macht, die einen »Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz« durchsetzen wollten. Die ökonomischen Sachzwänge wurden akzeptiert, im Kleinen aber, im Sozialen, galt es, die Ideale von Freiheit und Gleichheit zu verteidigen. Die sozialliberalen Regierungen der 1990er Jahre versuchten sogar eine neue Dynamik der Demokratisierung in Gang zu setzen. Partizipation und Konsens waren die Leitbegriffe dieses neuen Politikverständnisses. An die Stelle einer autoritär von oben durchgesetzten Politik sollten breite Meinungsbildungsprozesse treten. Sowohl auf lokaler Ebene – mit diversen Bürgerbeteiligungsverfahren – als auch auf globaler Ebene – in den zahlreichen UN-Konferenzen der 1990er Jahre – ging es um eine möglichst breite und konsensuale Entscheidungsfindung. Global Governance wurde als eine Form weltweiten Regierens verstanden, bei der neue Formen vernetzten Regierens erarbeitet werden sollten (Brunnengräber et al. 1999). Dieser Ansatz konsensualen Weltregierens ging mit dem Scheitern der UN-Konferenz in Johannesburg 2002 bzw. dem Scheitern des Kyoto-Prozesses offensichtlich zu Ende. Krieg und nationale Interessen bestimmen erneut die Weltpolitik.

Die sozialliberale Strategie scheiterte, weil sie die Machtfrage ausblendete. Die Machthaber genauso wie die sich institutionalisierenden sozialen Bewegungen akzeptierten in den 1990er Jahren ein Politikfeld konsensualen Regierens, auf dem über alles diskutiert werden kann – außer über Privateigentum, Märkte, Geld und fiskalische Disziplin. Der sozialliberale Weg der Demokratisierung im Kleinen ging einher mit der Durchsetzung der Ideologie freier Märkte auf der Ebene der EU (via Binnenmarkt) und der Welt (via Welthandelsorganisation WTO) (Novy 2002: Kap. 10). Damit verkümmerte Demokratie zur Verwaltung verbleibender Handlungsspielräume. Es wurde diskutiert, wie innerhalb der bestehenden Welt-Marktgesellschaft mit ihren krassen Unterschieden in der Verteilung des Privateigentums das menschliche Zusammenleben organisiert werden kann, ohne dabei das Funktionieren der Märkte zu stören und ohne das Recht auf Privateigentum anzutasten.

Mit dem 11. September 2001 verschärfen sich die bedenklichen Aspekte liberalen Regierens; es begann eine neue politökonomische Konjunktur, ein neues Moment der internationalen Entwicklung (zum Begriff der Konjunktur vgl. Novy 2000: 14ff.). Präsident Bush hatte mit Global Governance so wenig am Hut wie Ministerpräsident Berlusconi mit sozialliberalen Formen der Demokratisierung im Kleinen. Vielmehr setzten sie das autoritäre machtpolitische Kalkül von Reagan und Thatcher fort und kombinierten unverblümt die staatliche und ökonomische Machtkonzentration. Die Verteidigung des Status Quo, allen voran der Privilegien, die sich aus der Konzentration von Privateigentum in der Hand weniger ergaben, stand über der Freiheit der Märkte und der Individuen. Dies wird als antiliberal bezeichnet, ist aber in Wirklichkeit einfach eine spezifische Form liberalen Regierens, bei der der Wirtschaftsliberalismus eindeutig gegenüber dem politischen die Oberhand gewonnen hat.

Wie schon 1973 in Chile zeigt heute erneut die Peripherie dem Zentrum, wie bedrohlich die Entwicklung ist: Das Schönreden der letzten 20 Jahre, mit dem eine neue Weltordnung basierend auf Demokratie und Marktwirtschaft herbeigeredet werden sollte, ohne Konflikte austragen zu müssen, wird immer unglaubwürdiger. Die jüngsten ökonomischen und politischen Krisen in vielen lateinamerikanischen Staaten zeigen, auf welchen tönernen Füßen Ordnung und Demokratie stehen, wenn der uneingeschränkte Vorrang von Privateigentum, Markt und Unternehmertum gilt. Die linke Opposition in Lateinamerika genauso wie autoritär-rechte und fundamentalistische Bewegungen in anderen Teilen der Peripherie betonen einen neuartigen Primat der Politik, der die Marktideologie als unsozial bzw. amoralisch denunziert.

Es erscheint daher in der gegenwärtigen Konjunktur in Europa notwendig, noch einmal an Adorno zu erinnern. Eine historische Initiative, »die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward« (Adorno 1997: 15). Die sozialen und politischen Bewegungen in den späten 1960er und 1970er Jahren stellten, anders als die sozialliberalen Initiativen der 1990er Jahre, die Machtfrage. Sie stellten Herrschaft, wo immer diese ausgemacht wurde, in Frage. Diese demokratisierenden Bewegungen scheiterten nicht, sondern sie wurden besiegt. In Lateinamerika erfolgte dies durch den Putsch gegen demokratische Regierungen und die physische Vernichtung der unliebsamen Opposition. In Europa wurde der Klassenkampf von oben im Rahmen der institutionellen Ordnung gewonnen, indem Arbeits- und Sozialrechte demontiert und Wirtschaftsplanung aufgegeben wurde. Politische Entscheidungen hatten fortan, unabhängig davon, ob sie von linken oder rechten Regierungen getroffen wurden, die Tendenz, demokratische Verfahren zu manipulieren, zu umgehen oder auszuschalten, um die Interessen der Vermögensbesitzenden und Konzerne bestmöglich durchsetzen zu können. Eine vom demokratischen System unabhängige Notenbank drückt dies genauso aus, wie eine Bürokratie in Brüssel, die die Regeln des Binnenmarkts nach eigenem Ermessen auslegt.

Aus der Vielzahl zivilgesellschaftlicher und sozialer Bewegungen sollen nun zwei herausgegriffen werden, die an die gesellschaftskritische demokratische Tradition der späten 1960er Jahre anschließen. Es sind dies zwei Bewegungen, die den Kern dessen thematisieren, worum es bei emanzipatorischen Demokratisierungsprozessen im 21. Jahrhundert geht. Beide sind keine sozialen Bewegungen,

die ein einzelnes Thema öffentlich thematisieren, sondern politische Bewegungen, die um breite Allianzen bemüht sind, weil es ihnen um die Schaffung gesellschaftlicher Alternativen geht. Für beide Bewegungen spielten die Ereignisse in und um Porto Alegre eine entscheidende Rolle.

Zum einen ist dies die Bewegung, die von den Einen Antiglobalisierungsbeziehung und Anderen als eine Bewegung für eine andere Globalisierung bezeichnet wird. Dreimal veranstaltete Porto Alegre das Weltsozialforum und beherbergte die vielfältigen Bewegungen, die gegen die gegenwärtige wirtschaftsliberale Weltordnung protestieren. Anti-Globalisierung ist insofern ein treffender Begriff, weil er andeutet, dass es einen Gegner gibt, dessen Macht es zu bekämpfen gilt. Indem ATTAC multinationale Konzerne und die Vermögensbesitzenden als Gewinner der Globalisierung denunziert, weigert sich diese politische Bewegung, die Strategien der Mächtigen als Sachzwänge zu verstehen (vgl. Kurswechsel 3/2002). ATTAC politisiert die Ökonomie und eröffnet damit Raum, ökonomische Entscheidungen zu demokratisieren und Entwicklung zu gestalten. Insofern lässt sich die Bewegung für eine andere Globalisierung auch derart beschreiben, dass sie die Sachzwangsideologie ablehnt und der kollektiven Gestaltung von Gesellschaft, Kultur und Umwelt den Vorrang vor freien Märkten gibt. Gegenüber den autoritären, zunehmend militaristischeren und den Status Quo absichernden politischen Strömungen wird die Anti-Globalisierungsbeziehung erst eine geeignete Strategie finden müssen. Hierbei wird es nicht reichen, im Markt, bzw. den Finanzmärkten, alle Übel zu verorten. Es ist ja der US-Präsident persönlich, der vorzeigt, dass auch in der gegenwärtigen vernetzten Weltwirtschaft Märkte wegen höherer politischer Ziele eingeschränkt werden können. In diesem Sinne setzt Bush ebenso wie ATTAC auf den Primat der Politik: Sei dies bei der Subventionierung der US-Luftfahrt, den Stahlschutzzöllen oder der Einschränkung der persönlichen und bürgerlichen Freiheit. Deshalb ist nicht die Forderung nach dem Primat der Politik progressiv, sondern einzig die Forderung nach dem Primat der Demokratie.

Aber Porto Alegre ist nicht nur Sitz des Weltsozialforums, es ist auch eine Millionenstadt, in der die brasilianische Arbeiterpartei seit 14 Jahren die Budgeterstellung demokratisierte (siehe Leubolt in diesem Heft). In Porto Alegre erarbeitet nicht der Bürgermeister und die Verwaltung das Budget, sondern dieses wird von der Bevölkerung in einem Prozess teilhabender Demokratie festgelegt. In einer Mischung aus direkt- und repräsentativdemokratischen Elementen obliegt es der Bevölkerung zu entscheiden, welche Stadtteile vorrangig Mittel bekommen sollen, und welche Art von Investitionen getätigt werden: Sollen Schulen oder ein Kanal, Straßen oder ein Kulturzentrum entstehen, all diese Entscheidungen obliegen den BewohnerInnen. Die Teilhabe am Budget, die demokratische Entscheidung über öffentliche Investitionen, erscheint als die logische Antwort auf die wirtschaftsliberale Strategie des Demokratieabbaus. Nicht weniger, sondern mehr gesellschaftliche Bereiche sollen von demokratischer Kontrolle erfasst werden. Wenn es stimmt, dass der Wirtschaftsliberalismus seit 1973 wesentlich durch die Macht des Geldes durchgesetzt wurde, dann muss auch eine neue Dynamik der Demokratisierung um die Kontrolle von Geld und Budget zentriert sein. Seit 1999 wird dieses Modell teilhabender Demokratie auch auf Ebene von Rio Grande do Sul, Brasiliens südlichem Bundesstaat, in dem 10 Millionen Menschen leben, prakti-

ziert. Es gibt kaum ein vergleichbares demokratiepolitisches Experiment, das in gleicher Weise zur Konstruktion einer alternativen Gesellschaft beiträgt. Dieses Modell der Budgetmitbestimmung ist nämlich nicht einzig eine partizipationsfördernde Sozialtechnik, sondern ein hegemoniales Projekt. Die Teilhabe am Budget soll dazu führen, dass der Staat nicht länger als Privatbesitz der Regierenden, sondern als *Res publica*, als eine öffentliche Sache, die allen gehört und alle angeht, verstanden wird. An diese republikanische Tradition anzuschließen wäre auch für die europäischen sozialen und politischen Bewegungen sehr interessant. Während in der liberalen Konzeption der Staat ein notwendiges Übel ist, das die Freiheit des Einzelnen einschränkt, sind in der republikanischen Tradition Staat und Öffentlichkeit der Raum der Gesellschaftsgestaltung. Während das liberale Regieren möglichst ohne Interventionen auskommen will (Schmid 1991: 62), so soll das öffentliche Handeln in der *Res publica* individuelle und kollektive Freiheit ermöglichen (Novy i.D.). Am Beispiel der Budgetpolitik kann rasch klargemacht werden, dass öffentliche Mittel die Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere derjenigen Gruppen, die über wenig Besitz und Einkommen verfügen, wesentlich erweitern können. So kann die Teilhabe am Budget in der Sprache der brasilianischen Basisinitiativen als »Schule des Volkes« dienen. Die Mitglieder des Gemeinwesens werden politisiert, was eine Existenzbedingung demokratischer Gesellschaften darstellt.

Weil die antidemokratische Offensive von einer liberalen Wirtschaftspolitik ausging und von dort aus das Rad der Geschichte in allen Bereichen zurückgedreht wurde, von den Unis bis zur Gleichstellung der Frauen, muss in der gegenwärtigen Konjunktur die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt einer demokratischen Alternative zum Wirtschaftsliberalismus gestellt werden. Im Kern geht es dabei immer auch um Fragen der Budgetpolitik, denn selbst strukturelle Reformen wie die Hochschulreform oder die Frage der Kinderbetreuungseinrichtungen finden an den Vorgaben des Finanzministeriums ihre Grenzen. Das gleiche gilt für den ökologischen Umbau und eine Verkehrspolitik, die auf den öffentlichen Verkehr setzt. Gerade diejenigen, die zu Recht meinen, dass Geld nicht die Welt regieren sollte und ökonomische Interessen nicht allein die gesellschaftlichen Zielsetzungen bestimmen dürfen, sind herausgefordert, ihre Anliegen durch eine Demokratisierung der Wirtschaftspolitik voranzutreiben.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th. W. (1997): *Negative Dialektik*, Frankfurt
- Bowles, S., Gintis, H. (1986): *Democracy and Capitalism*, London
- Brand, U., Raza, W. (2002): *Fit für den Postfordismus?* Münster
- Brunnengräber, A./Stock, Ch. (1999): *Global Governance: Ein Jahrhundertprojekt?*. In: PRO-KLA: Heft 116, 29.Jg., Nr. 3: 445-468
- Candcias, M., Deppe F. (Hrsg.) (2002): *Ein neuer Kapitalismus*, Hamburg
- Fischer, K. (Schwerpunktredak.) (2002): *Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie*. *Journal für Entwicklungspolitik* 3/02. Frankfurt/Wien
- Kurswechsel 3/2002: *Attac: Globalisierung braucht Gestaltung*, Wien
- Pereira, J. M. (1998): *Geld, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 2/98: 39-152
- MacPherson, C.B. (1990): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes zu Locke*. Frankfurt

- Novy, A. (2000): Wird alles anders? – Überlegungen zu Krise und Beharrung. Kurswechsel 4/00: 6-20
- Novy, A. (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. GEG5. Frankfurt/Wien
- Novy, A. (in Druck): Der Kampf um den Wohlfahrtsstaat. In: Faschingeder, G. et al. Bewegung macht Geschichte. Globalisierungskritik und Perspektiven für Gesellschaftsveränderung. GEP3. Wien
- Pereira, J. M. (1998): Geld, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika In: Journal für Entwicklungspolitik 2/98: 39-152
- Schmid, W. (1991): Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault. Frankfurt
- Sen, A. (1999): Development as Freedom. London (deutsch: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München 1999).
- Swyngedouw, E. (1992): The Mammon Quest. »Glocalisation«, Interspatial Competition and the Monetary Order: the Construction of New Scales. In: Dunford, M. & G. Kafkalas (eds.): Cities and Regions in the New Europe: the Global-Local Interplay and Spatial Development Strategies. London: 39-67



MALMOE

Gute Seiten – schlechte Zeiten

→ **startabo**
20 Ausgaben
zu 35 Euro

→ **enterprise edition**
20 x 3 Ausgaben
zu 35 Euro

für Geschäftstreibende,
Wirtinnen, Vereine, kurz:
soziale Orte, die als MALMOE-
Orts in web & print erwähnt
werden wollen

→ **förderabo**
250 Euro

plus/minus je nach Belleben
und Geldbörsegröße

Unser Angebot gegen Medienkonzentration
und Einheitszeitung legen wir ab jetzt
pünktlich jeden Monat:

32 Seiten Politik, Alltag, Popkultur,
Wirtschaft, Warenwelt und Kritik aus der
besonderen Perspektive.

Eine alltagsbegleitende Maßnahme! Jetzt abonnieren: www.malmoc.org